

DEUTSCHE

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg), Gr. Neumarkt 28 I.
Erscheint jede Woche Sonnabends.

Offizielles Organ
der Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker u. Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.
Postzeitungsliste Nr. 1767a.

Lohnbewegung.

Reise ist fernzuhalten nach Berlin, Köln a. Rh., Offenbach a. M. und St. Johann-Saarbrücken.

Da es wiederholt vorgekommen ist, daß Verbandsmitglieder nach solchen Orten reisen, wo die Kollegen in einer Lohnbewegung stehen, nur um sich die Verhältnisse mal anzusehen, wird von jetzt ab in allen oben genannten Städten auf Beschluß des Verbandsvorstandes bis auf Weiteres keine Reiseunterstützung an reisende Mitglieder ausbezahlt.

Der Verbandsvorstand. J. M.: D. Almann.

Eine neue Bäckerei-Verordnung!

Bei den Einigungsverhandlungen, die zwischen Vertretern der Innungen und unseren Kollegen vor dem Berliner Gewerbegericht stattfanden, wurde seitens des Assessors von Schulz eine Andeutung gemacht, welche darauf schließen läßt, daß man sich regierungsfreudig mit dem Gedanken beschäftigt, zum Schutze des Brot konsumierenden Publikums allgemeine Vorschriften zu erlassen, welche eine schärfere Kontrolle in Bezug auf hygienische und sanitäre Einrichtungen der Bäckereien herbeiführen und die schauerhaften Mißstände bei der Brotbereitung beseitigen wollen. Wir haben daraufhin versucht, an Stellen, wo man über ein solches Vorhaben der Regierungen unterrichtet sein mußte, nähere Erkundigungen hierüber einzuziehen und sind durch die uns hierauf zu Theil gewordene Antwort in dem Glauben bestätigt worden, daß endlich das Gewissen der Regierungen erwacht ist und über kurz oder lang endlich zum Schutze der Bevölkerung und in erster Linie auch zum Schutze von Gesundheit und Leben der Bäckereiarbeiter allgemeine Vorschriften für das ganze Reich erlassen werden, die sich den in Hamburg, Lübeck, Regierungsbezirk Lüneburg, Weimar, Gera (N. j. L.), sowie in einzelnen Regierungsbezirken Bayerns erlassenen Bäckerverordnungen anpassen dürften. Und es wird auch die höchste Zeit, daß solche notwendige Maßregeln nicht auf einzelne Städte oder Regierungsbezirke beschränkt bleiben, denn die Schweinereien, wie sie in Harburg, Mannheim und Würzburg durch Prozesse gerichtsnotorisch festgestellt wurden, ereistren nicht nur vereinzelt in diesen Städten und Gegenden, sondern mehr oder weniger findet man solche Schmutzereien in den Bäckereien jeder Stadt wie auf dem Landgebiete. Daß es besonders in der deutschen Hauptstadt, in Berlin, in dieser Beziehung um nichts besser aussieht, beweisen die in letzter Zeit seitens unserer Kollegen dort vorgenommenen statistischen Erhebungen, deren Ergebnis die Kunde durch die gesammte Presse Berlins machte und unter dem Publikum nicht geringes Aufsehen hervorrief. Selbst den Arbeitern feindlich gegenüberstehende Blätter wie die „Post“ sahen sich veranlaßt, zuzugeben, daß wenn auch nur ein Theil dieser darin angeführten Schmutzereien auf Wahrheit beruhen würde, dieselben dann Ursache genug für die Behörden seien, mit aller Strenge gegen solche, derartige Schweinereien treibenden Bäckermeister vorzugehen. Daß es aber anderswo in dieser Beziehung nicht besser aussieht als in Berlin, vielmehr dieselben dort angeführten Schmutzereien noch weit öfter in den Betrieben vorzufinden sind, läßt sich schon daraus ermessen, daß wir auf Grund unserer Erfahrungen die Ueberzeugung gewonnen haben, daß in keiner anderen Stadt die Bäckereikontrolle bisher so scharf — wenn hierbei überhaupt von einer scharfen Kontrolle die Rede sein kann, denn den sonst so großen Eifer der Polizeiorgane bei der Ueberwachung von Gesetzesdurchführung vermißt man hier ganz — wie in Berlin gehandhabt wurde.

Wenn also hier trotz etwas eifrigerer Kontrolle solche Schmutzereien in den Bäckereibetrieben noch fortbestehen konnten, wie viel mehr werden sich dieselben dann erst dort breit machen, wo die Kontrolle noch lauer ist und wie muß es erst dort aussehen, wo nicht stets die Furcht vor Denunziationen seitens der organisierten Bäckereiarbeiter die Bäckermeister veranlaßt, sich etwas mehr um die Reinlichkeit der Arbeitsräume, wie auch um die Schlafräume, Bettwäsche, Handtücher usw. ihrer Arbeiter zu kümmern? Daß das Publikum endlich etwas energischer als bisher geschützt werden muß vor den Folgen solcher Schmutzereien bei der Brotbereitung, darüber ist kein Wort mehr zu verlieren, wie es überhaupt ein Schandfleck für unseren Kulturstaat Deutschland ist, daß bisher nach dieser Richtung seitens der Behörden und gesetzgebenden Körperschaften nicht mehr geschah!

Fast muß man glauben, als hätte man bisher dem Brot als Volksnahrungsmittel bedeutend weniger Bedeutung beigemessen als wie dem Fleisch; denn während städtische und staatliche Behörden bisher in der Kontrolle des Fleisches schon sehr viel veranlaßt haben, während fast jede mittlere Stadt in Deutschland heute ein mit den neuesten Einrichtungen versehenes Schlachthaus errichtet hat, um genaue Kontrolle darüber üben zu können, daß die Bevölkerung kein Fleisch von ungesunden Thieren oder verdorbenes Fleisch erhält, hat man an die Brotfrage erst gedacht, nachdem in überreichlichem Maße von unserer Seite die Schmutzereien aus den Bäckereibetrieben an das Licht der Öffentlichkeit gezogen wurden. Aber freilich, in der Fleischfrage liegt ja auch bei ungenügender Kontrolle eine Erkrankungsgefahr großer Bevölkerungstheile viel näher, während diese Gefahr durch Brot aus verdorbenem oder verschmutztem Rohmaterial hergestellt, nicht so augenfällig ist, denn wie bisher die Chemiker behaupteten, werden alle Krankheitserzeuger, die in das Gebäck vor dem wirklichen Backprozeß hineinkommen, durch die Backofenhitze getödtet oder unschädlich gemacht. (In neuerer Zeit sind allerdings recht viele berechnete Zweifel an dieser Lehre laut geworden.) Die Erkrankungsgefahr liegt also weniger beim Brot, wie beim Fleischgenuß vor, bleibt also nur der Ekel, den das Publikum empfinden muß, wenn es die Schmutzereien kennt, die bei der Brotbereitung in vielen Fällen obwalten! Und hierin ist das Publikum bisher etwas weniger empfindlich gewesen. „Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß“ ist ein landläufiges Sprichwort und deshalb hat man unsere Anklagen der Bäckerverhältnisse besonders im bürgerlichen Publikum lieber nicht gelesen, um sich den Appetit auf die Backerei der Bäckereien nicht zu verderben!

Hoffen wir, daß eine einschneidende Verordnung gegen die Mißstände der Bäckereien bald erlassen wird! Nothwendig ist eine solche schon lange und überall. Unsere Kollegen haben aber überall dafür zu sorgen, genügend Material über die Bäckereimißstände herbeizuschaffen, damit nicht auch diese Verordnung von vorneherein den Stempel der Halbheit und Lauheit trägt!

Ein Bäckermeistertag.

In dieser Zeit halten alle Unterverbände vom Germaniaverband deutscher Bäckereinnungen ihre Verbandstage ab. Wenn wir denselben wenig Bedeutung beimessen und das dort Verhandelte heuer in unserem Fachblatt noch nicht erörtert haben, so geschieht das deshalb nicht, weil es überall die bekannten Wharfen früherer Jahre sind, die gegen die Forderungen der Gesellen, gegen den Maximalarbeitsstag, die Sonntagruhe und Konsumvereine vorgebracht werden. Ueberall den öden Wortschwall, der von keinerlei Sachkenntnis getrübt ist! Dann, nach 2-3 stündiger Verhandlung eines solchen „Tages“ winkt die Festtafel a Rouvert 3-5 U. und in Saut- und Freßgelagen wird in den nächsten 2-3 Tagen

der von den „anstrengenden Verhandlungen“ ermüdete Geist und Körper neugestärkt, um dann neugestärkt zu Hause die ärgste Ausbeutung von Gehilfen und Lehrlingen fortsetzen zu können. — Wenn wir uns heute doch mal mit einem solchen „Tage“ beschäftigen, so geschieht das, weil ausnahmsweise hier auch ein Vertreter der Arbeiterpresse das Glück hatte, den Verhandlungen beizuwohnen, der Folgendes darüber berichtet:

In Frankenthal fand am 19. Juni im schön geschmückten „Niederfranzsaale“ der 10. Verbandstag der pfälzischen Bäcker-Innungen statt, der sich, wohl trotziger infolge der Verhandlungsgegenstände als des angeländerten Festprogramms, das sich auf zwei Tage erstreckte, eines großen Zulaufs zu erfreuen hatte. Da sich auf der Tagesordnung Punkte wie „Stellungnahme gegen die Lieferanten für Konsumvereine“, sowie „Streik und Boykott, d. h. die Nothwendigkeit eines Streikfonds“, befanden, so brachten wir dem Verbandstag ein mehr wie bei solchen Veranstaltungen übliches Interesse entgegen. Persönlich glaubten wir — dies sei nebenbei bemerkt — unser Wissen noch bereichern zu können und dann interessirte es uns auch, den Geschäftsgang eines bürgerlichen „Tages“ kennen zu lernen.

Was uns imponirte, war hauptsächlich der Umstand, daß man auf einem solchen „Tag“ nichts oder nur sehr wenig zu wissen und zu verstehen braucht, um über so wichtige Fragen, wie es die beiden angezogenen Themata sind, sprechen zu können. Das lächerlichste Zeug, das wir je über Streik und Boykott gehört, wurde hier in Gegenwart von Männern, unter denen sich doch Manche befanden, deren Wissen sich über das einer Dorfschule bewegt, zum Besten gegeben. Im selben Geleise bewegten sich die Verhandlungen wider die Konsumvereine. Mit drei Sätzen hatte der Antragsteller, ein Bäckermeister aus St. Martin, seinen Antrag begründet. Er jammerte darüber, daß sich heute allerorts Konsumvereine aufthun, die den Rebbach, den die Bäckermeister früher einsteckten, nun für sich in Anspruch nehmen. Als Heilmittel empfahl er, Maßregeln gegen die Mehlhändler und Mehlfabriken, die an Konsumvereine liefern, zu ergreifen.

In demselben Tonart und mit ähnlichen Mitteln kämpften die übrigen Redner gegen die Konsumvereine, bis der sozialdemokratische Bäckermeister Binder in längerer Rede ihre Illusionen gehörig zerzauste und nachdies, daß ihr Kampf gegen die Konsumvereine ganz nutzlos sei.

Ueber „Streik und Boykott“ referirte ein Herr Frankenthal junior aus Ludwigshafen (in dessen Bäckerei erhält der Gehilfe 4 Mk. Wochenlohn und Brot beim Frühstück und Abendbrot zugeschnitten, wie viel er essen darf) mit einer, von dem Gedankenklasse nicht angefränkelter Sachkenntnis. Der junge Mann, dem noch kein Flaum unter der Nase sproßt, der, wie man uns auf unser Verlangen mittheilte, noch keinen Schritt über seines Vaters Backstube in der Bismarckstraße hinaus hat, entwickelte über Streik und Boykott Ansichten, die, wenn sie allenfalls Stimm geäußert, noch verständlich gewesen, die aber, ausgesprochen durch den Sohn eines Kleinmeisters mit vielleicht zwei Gehilfen, albern und lächerlich klingen und zum Lachen reizen. Das P.ferat, das der junge Mann aus irgend einem Unternehmungsorgan abgeschrieben und das er ablas bewegte sich hauptsächlich in dem Ideentkreis, daß die Arbeiter überhaupt nichts zu beanspruchen haben. Herr Junior hätte sich der Verammlung als Vertreter der Jugend vor, der die Zukunft gehöre und dem aus diesem Grunde durch die Innung die hohe Ehre zu Theil wurde, zu seinen lieben Kollegen zu sprechen. Nach mancherlei Stockungen und Verlegenheitspausen, gewürzt mit unterschiedlichen „liebe Kollegen“, warf er die Frage auf: „Was ist Streik?“ um sich dann in folgender Weise über denselben zu ergehen:

Der Streik, liebe Kollegen, ist eine gewaltthätige Erhebung der Arbeitnehmer gegen ihre Arbeitgeber, gegen die Meister. Der Streik entspringt einer unzufriedenen Gesinnung und läßt eine friedliche Einigung nicht aufkommen. Infolge der Verheißung erhebt sich der bisher zufriedene Arbeiter gegen seinen Brodherrn und predigt den Aufruhr. Ist ein Streik ausgebrochen, so ist die sozialdemokratische Gewerkschaft, die dem Gewerkschaftsstatell untergestellt ist, und hält der Zugang von Arbeitnehmern fern, stellt Streikposten an usw. und wird durch solche Mittel die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Ist das gelungen, so hat der Streik für den Brodherrn den Nachtheil, daß er an Autorität und an seinem Geldbeutel Abzuse erleidet. Gelingt der Streik nicht, dann hat man mit dem Boykott, um dadurch das zu erreichen, was sich mit dem Streik nicht erreichen ließ. Der Boykott hat den Zweck, die Waaren verderben zu lassen, indem man sie nicht kauft, was gerade in unserem Geschäft gefährlich werden kann. Um

diese Missetände hintanzuhalten, ist es notwendig, daß die Meister einig sind. Sind sie das nicht, dann fallen sie der Diktatur der Gesellen anheim, wie dies in Schweden der Fall ist. Nicht gar so schlimm wie in Schweden ist es in Dänemark, wo die Meister die Tyrannie der Gesellen, die diese jahrelang ausübten, gebrochen haben. Noch besser aber ist es in Deutschland. Aber auch hier macht sich der Geist der Unbotmäßigkeit bemerkbar, wie die verschiedenen Streiks beweisen. Redner theilt nun die Forderungen der Hamburger Bäckergehilfen mit, die von Jahr zu Jahr ihre Ansprüche steigerten. 1898 hätten die Gesellen verlangt, daß Kost und Logis beim Meister befreit, die Maximalarbeitszeit eingehalten und ein Wochenlohn von 18 Mk. bezahlt werde. 1899 verlangten sie gar noch Bezahlung des Ueberstunden und 1900 verlangten die Frankfurter Bäckergehilfen bessere Behandlung und zehnstündige Arbeitszeit; früher haben die Leute sieben Arbeitstage in der Woche gehabt, jetzt wollen sie nur noch davon sechs haben. Wenn wir uns nicht, führt Redner nach Aufzählung all der Ungeheuerlichkeiten der widerborstigen Gesellen fort, den Gesellen an Händen und Füßen gebunden überliefern wollen, so müssen wir einig sein. Es ist sehr bedauerlich, daß so viele Kollegen vorhanden, denen die 50 Wg., die sie jährlich bezahlen mußten, zu viel seien. Man solle nicht denken, daß nur in den größeren Orten Streiks eintreten könnten, auch in den kleinsten Orten ist der Geist der Unzufriedenheit, und der könne sich jeden Tag in Streiks Luft machen. Wenn die großen Städte bei ihren Streiks nicht unterstützt werden, fallen sie der Willkür der Gesellen anheim. Der Appell der Bäckerbewegung, der Bäckergehilfen, sucht überall die Bäcker in die Bewegung einzuziehen. Mit einigen Kraftproben schließt Redner seine „interessanten“ Ausführungen. Aber keine Hand regte sich, um ihm den wohlverdienten und erhofften Beifall zu spenden. Um den augenscheinlich üblen Eindruck, den der Vortrager hinterlassen, zu verwischen, erhebt sich schließlich der anwesende Vertreter des Zentralvorstandes der „Germania“, um eine Darstellung der mit angezogenen Berliner Bäckerbewegung zu geben. Seine Ausführungen fanden wohlthuend ab gegenüber der meist feindseligen Beschränktheit behaglich wiederholte Darlegungen Jung-Frankenbachs. Man hörte es aus Allem heraus, daß der Mann in dieser Frage auf einen höheren Standpunkt steht. Die marxistische Lehre von der Arbeitskraft als Waare hat bei ihm volles Verständnis gefunden. Die Forderung nach Abschaffung des Kost- und Logisweizens hält er für wohlbegreiflich. Ohne den Referenten zu nennen oder seine Ausführungen zu bekämpfen, verstand er es doch, ihn nach allen Regeln der Kunst abzuquälen. Es schien ihm, sowie auch dem nachfolgenden Redner wohl unnütz, einen Kampf zu führen, den die Götter wahrlich selbst vergeblich unternommen hätten. Herr Wisensdörfer-Speyer meinte: Wir können dem Bestreben der Gesellen nach besseren Löhnen nicht entgegenarbeiten. (Oh!) Aber wir können uns auch wieder helfen, indem wir die Waare kleiner machen. Es ist nicht gerade notwendig, daß sie einen Schuh lang sind; etwas kürzer genügt auch. (Bravo!) Ein Mannheimer Bäckermeister, Herr Wohlgenuth, erklärte es gleichfalls für das Recht der Gesellen, ihre Arbeitskraft so theuer wie möglich zu verkaufen. Nur müßte er sich entschieden gegen die Abschaffung des Kost- und Logisweizens, weil undurchführbar, erklären. Das nächste Referat über Nothwendigkeit von Fachschulen hielt Herr Bäckermeister Binder-Ludwigshafen, den man in weiser Voraussicht der unausbleiblichen Wamagie durch Jung-Frankenbach, als Referent aufgestellt hatte, um so auf alle Fälle durch einen tüchtigen Redner die Ehre der Ludwigshafener Innung zu retten. Wie wir in Erfahrung brachten, ist die Aufstellung des Streikreferenten wider den Willen der Vorherrschaft der Innung erfolgt. Das Referat war einer Durchsicht unterworfen und die dümmsten Stellen gestrichen worden. Man kann sich die Uebertragung der Herren vorstellen, als sie trotzdem zum Vortrag gelangten. Das Referat Binders, des den geschulten Redner verrieth, beleuchtete die Vorthelle einer theoretischen Sachausbildung, die er in unserem kapitalistischen Zeitalter für unentbehrlich erklärte. Die Verallgemeinerung der Bildung hält er auch im Interesse des Kleinhandwerts für unbedingt nöthig. Im Laufe seiner Ausführungen mußte Herr Binder in unverständlicher Weise an das vorhergehende Referat anzuknüpfen. Er erklärte die Organisation der Gehilfen für notwendig und meinte in seiner Weise, daß dort, wo geordnete Zustände vorhanden, es nicht möglich sei, daß ein Einzelner Tausende „verhexen“ könne. Wo es so viele „außen“ lassen, müssen laute Zustände herrschen. Es werde heute immer behauptet, das können wir nicht und jenes können wir nicht, und man wird schließlich, wenn die Forderungen kommen, doch können müssen. Wenn Forderungen an die Allgemeinheit gestellt werden, wären sie auch leichter zu bewilligen, als wenn nur der Eine oder der Andere herausgeholt würde. Merk-würdigerweise wurden die Binderschen Ausführungen trotzdem die eine Abfrage an die Adresse des vorhergehenden Referenten enthielten, mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Die folgende Diskussion war nur eine Farce und wurde schnellstens erledigt. Es war inzwischen drei Uhr geworden und das Essen war auf diese Zeit festgesetzt. Mit möglichster Beschleunigung wurde der Tag geschlossen und vergaß man in der Eile sogar das landesübliche Hoch und Telegramm an den Regenten und das ganze königliche Haus. Hauptsächlich bringt es der Herren keinen weiteren Schaden. Der Gesamtmeinderdruck, den der Innungsverbandstag auf uns machte, läßt sich dahin zusammenfassen, daß die Veranstaltungen der Arbeiter, z. B. Parteitage, Konferenzen u. a. von der Innung von der Art oben geäußert werden „ange“ abbrechen. Eine solche Flüchtigkeit, um nicht zu gegen grenzenlose Gleichgültigkeit, nur um keine Festhalten zu veräumen, trifft man bei ihnen nicht an. Die Innungsordnung, die die Bäckermeister in kaum drei Stunden erledigten, hätte eine Arbeitervereinigung gar nicht nötig gehabt. Ueber die Qualität der Referate haben wir uns schon geäußert. Ein Arbeiter, der sich heterodoxen würde, in derart kindlicher Weise einen Vortrag zu begründen, wie dies mit dem wider die Innungsvereine gerichteten der Fall war, oder der gar ein solches thematisches wimmelsches Referat halten würde, als wie dasjenige des jungen Herrn Frankenbach, der wahrlich für alle Zeiten in der Partei und Gewerkschaft unauflöslich. Ob die Innung in Ludwigshafen Veranlassung nehmen wird, sich mit dem Frankenbach'schen Referate des Referenten zu befassen, müssen wir ihrem Ermessen überlassen. Wir enthalten uns eines Urtheils hierüber.

Für uns besteht keine Veranlassung, die Frankenbach'schen Ausführungen zu bekämpfen, wir geben sie lediglich als abschreckendes Beispiel kleinbürgerlicher Auffassung wieder.

Der vierte Verbandstag der Lebensmittel-Arbeiter Oesterreichs

fand am 10. Juni in Wien statt. Vertreten waren 40 Delegirte, darunter 23 Bäcker, 4 Baderbäcker, 4 Gebäcksträger und 2 Gelber, welche die Städte Wien, Florisdorf, Stoderan, Prag, Graz, Kuffig und Salzburg vertraten, außerdem 7 Delegirte vom Verbandsvorstand, Kuffig, und Schiedsgericht.

Die Zentralisation in diesem Verbandsverbande ist eine lockere, dem Centralverein der Vereine pro Woche und Mitglied 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 oder 12 Heller ab, und nehmen auch nicht weniger als den Einrichtungen des Verbandes Theil. So ist in einer Anzahl Abtheilungen das Fachorgan „Der Zeitgeist“ bisher nicht einmal obligatorisch eingeführt gewesen. Diese Verschiedenartigkeit der Beiträge der Abtheilungen hat bisher dem Vorstande eine Masse unnützer Scheereien verursacht und einheitliche Aktionen im Verbandsverbande gehindert, was schon im Vorstandsbericht seitens des Vorstandes beklagt wurde. Durch Annahme des folgenden Antrages wird mehr Einheitlichkeit in dieser Richtung herbeigeführt werden; derselbe lautet:

a) Die Verbandsortgruppen heben von den männlichen Mitgliedern 20 h, von den weiblichen Mitgliedern 12 h Wochenbeitrag ein. Die Verbandsvereine zahlen an den Verband einen wöchentlichen Beitrag von 10 h, die Verbandsortgruppen 12 h.

Dafür befreit der Verband die Ausgaben für die obligatorische Einführung des Fachblattes (deutsch „Zeitgeist“, tschechisch „Petra odelnik“ für anderssprachige ein entsprechendes 14 tägiges Organ), Reiseunterstützung, Beitrag an die Gewerkschaftskommission in Wien, Sekretariat, Organisation und Agitation des Verbandes und für die Verbandsortgruppen die der Bibliothek. Gehören Verbandsortgruppen einem Bezirksverband an und wird eine Bibliothek vom Verband nicht beanprucht, können die Belege für gezahlte Beiträge bis zur Höhe von 2 h pro Wochenbeitrag an Geldstatt eingekannt werden.

Verbandsvereine, die vom Verband leihweise Ueberlassung von Bibliothek wünschen, haben pro Wochenbeitrag 12 h, als wie die Verbandsortgruppen zu leisten.

Die dem tschechischen Sekretariate in Prag angehörenden Vereine und der Unterstützungsverein der Bäcker in Graz zahlen pro Wochenbeitrag 4 h, für Reiseunterstützung, Gewerkschaftskommission, Sekretariat, Organisation und Agitation.

Die Erhöhung des obligatorischen Beitrages von 10 resp. 12 h tritt am 1. Juli 1900 in Kraft.

b) Umbildung der Vereine in Verbandsortgruppen: Im Interesse einer einheitlichen und billigeren Verwaltung strebt der Verband eine einheitliche Organisation an. Zu diesem Zwecke wären alle Verbandsvereine in Verbandsortgruppen umzuwandeln. Bei den gegenwärtig verschiedenen Mitgliedsbeiträgen und den verschiedenen Leistungen an die Mitglieder erscheint eine so weitgehende Uenderung gegenwärtig noch schwer durchführbar. Es wird deshalb anempfohlen, überall dort, wo es ohne Schädigung der Organisation möglich ist, die Umbildung vorzunehmen, dies baldmöglichst durchzuführen, jedoch überall dafür zu sorgen, daß die Umbildung in absehbarer Zeit ermöglicht werde.

Der Vorstand wurde beauftragt, Zentralisation der jetzt in Wien eingeführten Arbeitslosenunterstützung anzubahnen. Die Ertheilung von Rechtschutz wurde nur dem Vorstand übertragen. Die Ortsgruppen wurden verpflichtet, monatliche Abrechnung und genaue Situationsberichte an den Vorstand einzuführen. Betreffs der internationalen Verbindungen wurde folgender Antrag angenommen:

„Es ist dafür zu sorgen, daß Mitglieder des Verbandes und der Verbandsvereine die Reiseunterstützung auch erhalten, wenn sie in Deutschland reisen. Es ist daher mit den Verbänden der Lebensmittelarbeiter in Deutschland ein Uebereinkommen zu treffen, daß in seinen Zahlstellen die Auszahlung der Reiseunterstützung nach den Bestimmungen unseres Reglements auf Rechnung des Verbandes erfolgt. Der Verband der Lebensmittelarbeiter Oesterreichs verpflichtet sich hingegen, den Mitgliedern ihres Verbandes in unseren Zahlstellen je K 1.20 = Mk. 1 bis zum festgesetzten Maximalbetrag auf seine Rechnung auszubahlen. Der Verbandstag erklärt sich damit einverstanden, weitere internationale Verbindungen anzuknüpfen.“

(In Deutschland werden in unserem Verbandsverbande seit dem Jahre 1895 statutenmäßig alle Mitglieder ausländischer Bruderverbände in Bezug auf Reise- und sonstige Unterstüzung ebenso behandelt wie unsere deutschen Mitglieder, sobald sie hier reisen oder in Arbeit treten. Die Redaktion.)

Ein Antrag, der es dem Vorstand unterlag, neu beitretende Vereine anzunehmen, die nicht den „Zeitgeist“ jogleich obligatorisch einführen, will das Obligatorium des Fachblattes überall durchzuführen. Den Bäckern Böhmens wird aus Verbandsmitteln ein tschechisches Sekretariat in Prag errichtet. Der Genosse Silberer hielt noch ein Referat über die Bedeutung der Fachpresse, die Kollegen der einzelnen Berufe zur Mitarbeit an dem „Zeitgeist“ aufmunternd. Genosse Tobala referirte über die Einhaltung, besserer Nichteinhaltung der Bäckerschutzgesetze und kritisirte das laue Vorgehen der Behörden nach dieser Richtung. Zu diesem Punkt fanden folgende Anträge Annahme:

1. Der Verbandstag beharrt auf dem Standpunkt der sechsständigen Arbeitswoche und womöglich der vollständigen Sonntagsruhe. Auf keinen Fall kann ihm eine zehnstündige Sonntagsruhe, wie sie in Steiermark praktiziert wird, als genügend erscheinen. Ausgehend von diesem Prinzip, fordert der Verbandstag die Ausgestaltung des Gesetzes vom 16. Jänner 1895 in dem Sinne, daß der Erntehettag nicht in sechsständigen Stunden bewilligt werden kann, sondern, daß er unbedingt der vollen Arbeitsruhe eines Tages (das heißt in der Ausfall einer Arbeitsschicht) bestehen muß. Gleichzeitig fordert der Verbandstag eine Regelung der Arbeitszeit überhaupt, da der Erntehettag seinen Zweck verfehlt, indem die Arbeit auf die übrigen Tage gewälzt wird. Der Verbandstag erwartet, daß die Behörden endlich ihre Pflicht auf Wahrung des Gesetzes erfüllen und sich nicht mehr mit schuldigen machen der trafen Verletzungen des Gesetzes. Sie haben die Arbeitgeber der Nahrungsmittelindustrie zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften zu zwingen. Den Arbeitern

wird empfohlen, dem Wege der Selbsthilfe durch Pflege der Organisation mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden und der in Kürze seitens des Sekretariats des Verbandes einzuleitenden Aktion in dieser Hinsicht die kräftigste Förderung zu Theil werden zu lassen.

2. Der heute 10. Juni tagende Verbandstag der Nahrungsmittelarbeiter beauftragt den Vorstand, in der kürzesten Zeit eine größere Aktion zur Durchführung des Gesetzes vom 16. Jänner 1895 zu unternehmen.

Wir wünschen, daß die gefaßten Beschlüsse zum weiteren Ausbau unseres österreichischen Bruderverbandes beitragen, besonders versprechen wir uns eine für den Verband vortheilhafte Wirkung von der genauen Festlegung der Beiträge der Ortsvereine an den Vorstand, dem ohne genaue Festlegung der Rechte und Pflichten aller Mitglieder im Verbandsverbande wird es heute geradezu unmöglich, mit dem Vorwärtsschreiten anderer Gewerkschaften auch nur annähernd gleichen Schritt zu halten! Daß aber diese Stärkung der Organisationen der Arbeiter der Lebensmittelindustrie den betreffenden Arbeitern überall so notwendig wie ihr tägliches Brot ist, braucht wohl nicht betont zu werden.

Vorstandsbericht des dänischen Bäckerverbandes

vom 1. Juli 1897 bis 31. März 1900.

Dem ausführlich in einer kleinen Broschüre erstatteten Bericht über die Entwicklung unseres dänischen Bruderverbandes und seine Kämpfe wegen Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Gewerbe entnehmen wir nachfolgenden Auszug, denn wir glauben, daß es alle unsere Kollegen interessiert, ein zusammenhängendes Bild über die dreijährige Amperperiode der dänischen Kollegen zu haben. 75 pSt. in Dänemark arbeitender Kollegen sind im Verbandsverbande organisiert, kein Wunder, daß auch dadurch schon Großes erreicht werden konnte. Es heißt im Bericht:

„Das Jahr 1897 begann mit den Vorbereitungen zu dem dritten Kongress, welcher in Kopenhagen im August 1897 abgehalten wurde. Es war der größte, welcher vom Verbandsverbande bis jetzt abgehalten wurde, und von den reichhaltigen Punkten der Tagesordnung, welche diskutirt wurden, waren ganz natürlich die Lohnverhältnisse in den meisten Provinzstädten, weil der Lohn hier besonders gering und das alte System, „Kost und Logis beim Meister“, immer noch beibehalten war, welche Zustände als eine absolute Hinderung in Erreichung von geregelten Arbeits- und Lohnverhältnissen wie in anderen Gewerkschaften erkannt wurden. Man einigte sich auf ein Regulativ, welches über das ganze Land eingeführt werden sollte; dasselbe existirte schon zirkel drei Monate in Kopenhagen, und es war unsere Ueberzeugung, daß ein solches Regulativ durchgeführt werden könnte. Der Hauptvorstand machte die nöthigen Vorarbeiten, damit das neue Jahr (1898) mit Agitation über das ganze Land begonnen werden könnte. Das Jahr 1898 war ein Kampfsjahr innerhalb unserer Gewerkschaft! Die Ursache ist wohl zu suchen in der besonders guten Konjunktur. Trotzdem wir mit einer großen Arbeitslosenarmee zu rechnen hatten, ließen wir uns doch nicht abschrecken. Ein Drittel der Arbeiter in unserem Fach liegt nämlich das ganze Jahr ohne Arbeit, dessen Ursache in den schlechten Verhältnissen in unserem Gewerbe zu suchen ist. In den Kleinstädten arbeitet die Mehrzahl der Meister ausschließlich mit Lehrlingen, nur sehr wenig Betriebe trifft man dort an, wo ein Gehilfe beschäftigt wird. Es war deshalb eine außerordentlich schwierige Aufgabe, in den Arbeitsverhältnissen der Provinz Reformen durchzuführen.“

Den 20. Februar hielten wir eine Agitation im ganzen Lande, um gleichzeitig die lokalen Arbeitsverhältnisse zu erforschen, doch haben wir ein, daß noch eine Zeit lang unter diesen Verhältnissen gearbeitet werden mußte. Auf der Ostküste Jütlands waren die Verhältnisse einigermaßen erträglich, in Mittel- und Westjütland dagegen sehr schlecht, weshalb wir hier auf einer ganz anderen Grundlage vorgehen mußten. Die Löhne waren hier zu niedrig, daß wir daran denken konnten, Kost und Logis beim Meister abzuschaffen. Die Löhne variierten zwischen 5 und 7 bis höchstens 8 Kronen pro Woche. Erst mußten wir den Lohn heben, um später die obengenannte Reform durchzuführen. In einem Theil der größeren Städte, wo die Arbeitsverhältnisse etwas bessere waren, mußte man sich zurückhalten, damit die kleineren umliegenden Ortschaften mit schlechten Verhältnissen besser mitkämen. Auf Seeland waren die Verhältnisse zum Theil bessere; doch mußten wir hier in verschiedenen Gegenden ebenso vorgehen wie in Jütland. Mit zwei Mann wurde in 70 Tagen das Land bereist und wir nahmen überall vollständige Statistik über Arbeitszeit, Gehilfenanzahl, Lehrlingsanzahl und Lohnverhältnisse auf.

Am 20. April hatten wir die erste Zusammenkunft mit dem Vorstand der Gesamtrepräsentation der Bäckermeister Dänemarks. Das neue Regulativ kam zur Verhandlung und einigten wir uns dahin, ein anderes Regulativ auszuarbeiten. Die Meister versprachen, mit ihren Kollegen Rücksprache zu nehmen und die Genehmigung zur weiteren Verhandlung einzuholen. In drei Tagen wurde von unserem Hauptvorstand das neue Regulativ ausgearbeitet und dem Obermeister W. Gätje mit der Bitte zugestellt, es drucken zu lassen und dem Meisterkongress zu unterbreiten. Doch die Zeit ging und man hörte nur, daß die Meister in ihren Versammlungen sich nicht einig werden könnten, weshalb wir nicht länger warten wollten und mit Genehmigung der Gewerkschaftskommission legten wir dann in Nordseeland die Arbeit nieder, wo wir Aussicht hatten, das erste Regulativ, welches schon in Helsingör geltend war, durchzudrücken. Von den Verhandlungen der Meister wegen des neuen Regulativs hörte man immer noch nichts und zeigten die Gehilfen große Unzufriedenheit wegen dieser Verzögerung. Ebenfalls hielt es schwer, die Genehmigung von der Gewerkschaftskommission zu erhalten, weshalb wir beschloßen allein vorzugehen und zwar im ganzen Lande. Die einzelnen Mitgliedschaften wurden beauftragt, mit den Bäckermeistern in Verhandlung zu treten, wenn diese es wünschen sollten. Am 12. Juli wurde die Arbeit in den Städten niedergelegt, wo der Lohn niedriger war, als der in dem Regulativ vorgeschriebene, und wurde hiervon hauptsächlich Jütland betroffen.

Zwölf Tage nach dem Ausbruch des Streiks auf Seeland empfangen wir ein Schreiben von dem Vorstand der dortigen Meistervereinigung, worin eine Verhandlung verlangt wurde. In einer Sitzung der

beiden Vorstände einigten wir uns über ein Regulativ, wodurch eine Lohnerhöhung von 2 Kronen pro Woche in den kleineren Städten erreicht wurde; in den größeren Städten, wo der Lohn schon höher war, trat noch keine Veränderung ein.

In Jütland, wo es sich um eine größere Anzahl unserer Mitglieder handelte, gelang es uns in einigen Tagen, die große Mehrzahl bei dem neuen Lohnsatz in Arbeit zu bekommen.

Am 1. Juli kündigten wir das Regulativ für die Brotfabriken Kopenhagens und Umgebung auf den 1. Oktober. Durch das Regulativ von 1897 verpflichteten sich die Meisterorganisationen, einen Lohn von 24, 27 und 30 Kronen wöchentlich, bei 12 Stunden Arbeit pro Tag, zu zahlen. Die neu aufgestellten Forderungen lauteten auf Einführung des Achtstundentages und eine Lohnerhöhung von 6 Kronen pro Woche. Nach einer längeren Verhandlung, die hauptsächlich scheiterte wegen der Verkürzung der Arbeitszeit wurde die Arbeit in sämtlichen Brotfabriken am 14. Oktober niedergelegt; nur die Genossenschaftsbäckerei hatte das Regulativ unterschrieben und zahlte einen Minimallohn von 28 Kronen.

Nachdem der Streit acht Tage gedauert hatte, waren wir ziemlich sicher, daß wir den Meisterring gesprengt hatten. Aber es kam anders, die Weißbäcker sperren ihre Gefellen aus, trotzdem das für sie geltende Regulativ erst am 1. Juni 1899 abgelaufen war. Nach 12 Tagen wurde der Beschluß gefaßt, wenn ein Schiedsgericht zusammengesetzt würde, wieder die Arbeit zu den alten Bedingungen vorläufig anzunehmen. Der Spruch des Schiedsgerichts fiel den 19. November und lautete: für jüngste Gehülfe 26 Kronen, für die Gehilfen 29 Kronen und für Werkführer 32 Kronen. Die Arbeitszeit beträgt pro Woche 66 Stunden, vertheilt auf sechs Tage oder Nächte mit 1 1/2 Stunden täglich Speisezeit, und wo mechanische Kraft benutzt wird und mehr wie eine Arbeitsschicht beschäftigt wird, beträgt die Arbeitszeit 57 Stunden, vertheilt auf sechs Tage oder Nächte mit 1 1/2 Stunden Speise- und Ruhezeit; wo ununterbrochen Tag und Nacht mit drei Schichten gearbeitet wird, daß die festgesetzten Speise- und Ruhezeiten wegfallen, verpflichten sich die Gefellen, wenn es verlangt wird, ein Mal pro Woche 9 Stunden zu arbeiten ohne Vergütung für die neunte Stunde. Ueberarbeit wird mit 75 Oere pro Stunde bezahlt. Für die Weißbäcker lautet das Regulativ auf 22 Kronen das erste Jahr nach der Lehrzeit, und hiernach mindestens 25 Kronen für letzte, 28 für dritte, 29 für vierte und 31 Kronen für erste Gehilfen und Werkführer. Für Meingefellen, die zugleich die Arbeit als Werkführer ausführen, sollen mindestens 28 Kronen bezahlt werden. Freinachtarbeit wird mit 4,20, 4,70 und 5,20 Kronen pro Nacht bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt 66 Stunden pro Woche, vertheilt auf 6 Tage oder Nächte à 11 Stunden Arbeitszeit mit 1 1/2 Speise- und Ruhezeit, Ueberarbeit wird mit 66 Oere pro Stunde bezahlt. Für die Konditoren beträgt die Arbeitszeit 11 Stunden täglich, mit 1 1/2 Stunden Speise- und Ruhezeit; doch kann auf den freien Tag 1/2 Tag (Vormittag) Arbeit verlangt werden. Eine spätere Festsetzung der Löhne gab folgendes Resultat: Meingefellen 26 Kronen, wo zwei arbeiten 24—26, wo drei arbeiten mindestens 24, 26 und 28 Kronen; für Gefellen das erste Jahr nach der Lehrzeit 22 Kronen pro Woche.

Im Jahre 1899 brach ein Konflikt zwischen den Konditormeistern und ihren Gehilfen aus. Weil letztere unter sehr schlechten Verhältnissen zu arbeiten hatten und wir die Zeit gerade für passend fanden, suchten wir mit den Meistern zu verhandeln. Es glückte uns, bei einem Theil der Meister Kost und Logis abzuschaffen und einen Minimallohn von 22 Kronen einzuführen; die Arbeitszeit sollte 72 Stunden betragen, in 7 Tagen einem wöchentlichen Ruhetage von 18 Stunden (von 12 Uhr Mittags bis Morgens 6 Uhr). Die früheren Verhältnisse waren: 25—45 Kronen monatlich mit Kost und Logis beim Meister. Am 1. Mai wurde dieser Konflikt wieder beendet.

Am 24. Mai 1899 kam der große Lock-out zum Ausbruch, ca. 30000 Arbeiter standen ohne Erwerb und zählte man dann noch Frauen und Kinder hinzu, erreicht man die Zahl von 100000, die hierunter leiden mußten. Eine Minorität, eine kleine Hand voll Kapitalisten, welche nicht ihre eigene Unterschrift respektirten, gebot, nun soll die Arbeit überall ruhen, bis die Arbeiter hungrig, kriechend vor unseren Füßen um Arbeit bitten und wir selber bestimmen dann Lohn- und Arbeitsbedingungen. Dies geschah doch nicht, Dank des Solidaritätsgedankens der Arbeiter. Auch bei denen, welche in ihrem Gewerbe weiter arbeiten konnten, wozu wir zählen, und es muß gesagt werden, daß selbst die Gehilfen auf dem Lande und in den kleinen Städten, außer den extra ausgeschrieben 50 Oere pro Woche ihren Beitrag von 5—10 pSt. von ihrem kleinen Lohn zahlten. Der Lock-out dauerte ungefähr vier Monate und schloß am 4. September mit einem Sieg der Arbeiter. Und diese Geschichte hat uns gelehrt, wenn wir in Zukunft etwas verlangen, uns Ähnliches passieren kann. Wir müssen, wenn die Arbeiter wieder Lock-out-Lust bekommen, uns alle in der Organisation zusammenschließen. Wir bitten unsere Delegirten, nicht zu denken, daß dieses in unserem Gewerbe nicht passieren kann.

Unsere Meister hier in Dänemark sind alle mit Ausnahme der „Vereinigung auf Fyn“ in dem Arbeitgeberverein von 1896 und man weiß nicht, wann diese sich dem Arbeitgeberverein anschließt. Die Bäckermeister haben zwei Mitglieder im Vorstand des Arbeitgebervereins und zwar die Herren V. Gätje und S. Stilling, und soweit kennen wir die beiden Herren, daß sie für ihre Arbeiter nichts übrig haben! Nein, deren Interessen sind gleich denen der anderen Kapitalisten; erst kommen sie selber mit ihrem Geldsack und sie sind jeder Zeit bereit, den Arbeitern den Fuß auf den Nacken zu setzen, sie werden in den Staub hineinzubringen! Deshalb, Kameraden, laßt uns bereit sein, den nächsten Stoß, wenn er kommt, entgegenzunehmen, es wird geschehen in kürzerer oder längerer Zeit.

Ende November kam ein Gesekentwurf betreffs der Arbeitszeit in den Bäckereien im Landsthing zur Verhandlung, worin Herr Stilling fürchterlich gegen den Entwurf zu Felde zog. Dieses Gesetz hatte schon vor fünf Jahren dem Landsthing vorgelegen, in der jetzigen Form hatte es für die Gehilfen sehr wenig Bedeutung. Es sollte nicht einmal ein ganzer freier Tag, sondern nur 21 Stunden pro Woche gewährt werden, und dies bekämpfte Herr Stilling sogar. Ja, er benutzte sogar unwahre Angaben betreffs des Bäckerei-Schutzes in Norwegen, wovon selbst das Gesetz betreffs Verbot der Nachtarbeit bedeutend ausgedehnt ist. Dieses sollte uns

die Arbeitgeberliebe zeigen. Der Entwurf gelangte in eine Kommission, um nach einer Berathung begraben zu werden.

Gewerkschaftliches.

Ueber den Leipziger Streit, wie überhaupt über die Forderungen, welche bisher von unserer Seite an die Arbeitgeber gestellt wurden, denken nicht alle Leute aus dem bürgerlichen Publikum so wie die Scharmacher und Goldschreiber der Kapitalistenpresse. Das geht unzweifelhaft aus dem Bericht der „Hilfe“ (Organ des Pastor Naumann) hervor, welche über den beendeten oder vielmehr nur vertagten Streit wie folgt berichtet: „Der in Leipzig ausgebrochene Bäckerstreik, welcher vom 16. Mai bis zum 1. Juni währte, hat das Interesse weiter Kreise der Bevölkerung in Anspruch genommen. Was ihm sein eigenthümliches Gepräge verlieh, war, daß die Forderungen der streikenden Gefellen nicht oder nicht vornehmlich, wie bei sonstigen Streiks, auf Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung hinausliefen, sondern eine Reform der ganzen bisherigen, oft genug menschenwürdigen Lebenshaltung der im Bäckereigewerbe Angestellten bezweckten. Bezüglich der Arbeitszeit forderten die Streikenden nichts als die Durchführung der Bundesrats-Verordnung vom März 1896, welche die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden festsetzt — wobei sie, wie eine persönliche Aussprache mit den Streikleitern ergab, auch durchaus genehmen sind, bei besondrer Veranlassungen Ueberstundenarbeit zu leisten. Thatsächlich lehnen sich freilich gegenwärtig die Herren Meister an die Reichsverordnung absolut nicht! Auch die Lohnforderungen der Bäcker sind als durchaus gemäßigte zu bezeichnen: 18 und 20 Mark wöchentlich für die Gefellen, 24 Mark für die Werkmeister. Barole und Feldgeschrei dieses Streiks aber war: Abschaffung von Kost und Logis bei den Meistern. Jeder sozial denkende Mensch wird diese — in die bisherige Organisation des Bäckergewerbes allerdings tief einschneidende — Forderung als berechtigt anerkennen müssen. Die Zeiten sind vorbei, wo die Voraussetzungen für ein patriarchalisches Zusammenleben von Meister und Gefellen vorhanden waren. Es wurde noch seitens der Streikenden anerkannt, daß ausnahmsweise Meister sich das Wohlbefinden ihrer Gefellen wirklich angelegen sein lassen. Aber gerade diese wohlmeinenden Elemente des Unternehmertums müssen sich sagen, daß bei den bestehenden Verhältnissen die Gesamtheit des Gefellenstandes nicht gedeihen kann. Von den oft schweren und die Gesundheit gefährdenden Schäden abgesehen, die schlechte Kost und die Unterbringung der Gefellen in unwürdigen Schlafstellen mit sich bringen, ist es letzteren vor allem ganz unmöglich, sich einheitlich zu organisieren und nachdrücklich ihre Interessen zu vertreten, so lange sie in ihrer wirtschaftlichen Existenz so völlig von den Meistern abhängig sind. — Die Forderungen der Gefellen wurden von den Stadtverwaltung in schroffster, probirter Weise abgelehnt; bei der Stadtverwaltung durften die Streikenden vollends nicht auf Entgegenkommen und vermittelndes Eingreifen rechnen. Man war allseitig auf den Ausgang des Streiks gespannt. — Der schließliche Erfolg der Streikenden, die am 1. Juni den Streit für beendet erklärten, ist scheinbar ein geringer, in Wahrheit doch nicht zu unterschätzen. Beteiligt am Streit hatten sich nur etwa ein Drittel der Leipziger Bäckergefallen, und nur 60 kleinere Bäckereien haben die Forderungen derselben bewilligt — in einer Reihe von Großbetrieben waren sie schon vorher durchgeführt. — Von den Lohnerhöhungen, die die am Streit sich nicht beteiligenden Gefellen ohnedies erhielten (2 bis 3 Mk. wöchentlich) abgesehen, ist man immerhin in der Abschaffung von Kost und Logis einen Schritt weiter gelangt, und die Gefellen, die diese Forderungen nicht durchgesetzt haben, werden nicht ruhen, bis es ihnen in Zukunft doch gelingt. Außerdem hat der Streit dazu beigetragen, das Gefühl der wirtschaftlichen Interessengemeinschaft aller Bäckergefallen zu beleben und die noch junge Bäcker-Organisation zu kräftigen.

Hamburg. (Schöffengericht.) Gegen den Bäckermeister und Mühlenbesitzer Joachim Hugo Stamer in Langenhorn sind zwei richterliche Strafbefehle erlassen, und zwar über 40 Mk., weil er an einem Sonntage den Müllergefallen F. in seiner Windmühle beschäftigt hat, und über 15 Mk., weil in seinem Bäckereibetriebe den Vorschriften der Hamburgischen Senatsverordnung vom Jahre 1897 insoweit nicht genügt war, als Spucknapf, Thermometer und eine Arbeitsnachweistafel fehlten. Der Angeklagte hat dagegen Einspruch erhoben und bestritt die gegen ihn erhobene Beschuldigung. Er behauptet, der Müllergefelte habe an dem betreffenden Sonntage aus Langerweile an dem Strich gezogen, und da sei die Mühle von selbst losgelaufen, ohne beaufsichtigt zu werden. Der Gefelle bekennt jedoch, er sei von St. beauftragt, Korn zu mahlen, weil bis zum Montag ein bestimmtes Quantum Mehl hätte abgeliefert werden müssen. Bezüglich der zweiten Beschuldigung behauptet der Angeklagte, es seien Thermometer und Spucknapf vorhanden gewesen. Durch das Zeugniß des Offizianten Lohmann wird festgestellt, daß allerdings ein kleines Thermometer auf einem Abreißkalender vorhanden gewesen ist und daß ein „Spucknapf“ da war, der aus einer alten, von Schmutz starrenden Konservendose bestand, in der und unter der Haufen von Katerlaten nisteten. Der Angeklagte giebt selbst zu, daß dieses wunderbare „Spucknapf“ nur alle 14 Tage gereinigt ist, obgleich tägliche Reinigung vorgeschrieben ist. Das Gericht erkennt wegen beider Vergehen gegen den schon mit 20 Mk. Geldstrafe wegen eines gleichen Vergehens gegen die Gewerbeordnung vorbestraften Angeklagten auf 45 Mk. Geldstrafe oder 9 Tage Gefängniß.

Sonderbare Betrachtungen über die von der Innungsherrschaft so laut angepriesene Hebung des Bäckereigewerbes stellt man unwillkürlich an, wenn man in der Lokalfresse Annonzen folgenden Inhalts liest: „Bäckerlehrling gesucht. Wochentlohn 3 Mk Nürnberg, Deichslerstr. 25, Ecke Sulzbacherstr.“

Wie lohnend muß jetzt das Geschäft der Agenten sein, die gewerksmäßig und für schweres Geld den Bäckereigewerbelehrlinge, diese billige und willige Arbeitskraft, verschaffen!

Aus Plauen im Vogtlande. Das Schöffengericht Plauen verurtheilte den Kollegen Fleischer, welcher in öffentlicher Versammlung die Mißstände in der Bäckerei Eichhorn, Straßbergerstraße, kritisirte, trotzdem die Angaben vom Zeugen bestätigt wurden, zu 40 Mk. Geldstrafe ev. 8 Tage Haft und Tragung der Kosten. Der Zeuge führte vor Gericht aus, daß die Kost zu Mittag, aber hauptsächlich Abends ungenügend sei. Einmal habe es zu Mittag vier Röhre gegeben, als die beiden Gefellen dieselben gegessen hatten, habe sich die Meisterei noch darüber beschwert. Auch gab es öfters Kartoffeln und pro Mann einen halben Dering oder Rutter als

Mittagsbrot. Die Gefellen haben sich öfters, um nicht zu hungern, Brot gebacken. Sie haben zwar mehr Brot bekommen, wenn das ihnen verabreichte alle war, mußten es aber erst verlangen. In das Schlafzimmer regnete es gerade dort hinein, wo ein Bett stand. So ungefähr hat Kollege Fleischer die Mißstände der Eichhornschen Bäckerei in der Versammlung kritisiert, wie vom Zeugen vor Gericht bestätigt; trotzdem wurde er verurtheilt.

Ein Kapitalverbrechen schamloser Art in den Augen der wackelnden Innungsproben hat jedenfalls jener Bäckermeister begangen, der seinen Sohn direkt in die Hände des Vorsitzenden unseres Verbandes und damit — hu! wie schrecklich! — dem verhassten „Heber, Aufwiegler“ und was sonst noch alles Gutes dem Höllen Almann von jener Seite nachgesagt wird, auslieferte. Der Bäckermeister S. in B. schreibt Kollegen A. folgenden Brief:

„Mein lieber Herr Kollege! Sie wollen gütigst entschuldigen, daß ich Sie mit einem Bittgesuch belästige, ich habe hier in B. eine Bäckerei betrieben, habe aber dieselbe wegen meinem vorgerückten Alter verpachtet an den Bäckermeister Herrn Otto M., welcher Ihnen hoffentlich bekannt sein dürfte (dessen Bruder ist Bäckermeister in Hamburg), welchem ich nun Ihre werthe Adresse verbante. Meine Bitte an Sie ist folgende: ich habe einen Sohn, welchem ich in kaufmännischen Geschäften die Buchführung erlernen ließ, wurde auch ein tüchtiger Kontorist; wie es aber nun bei vielen jungen Kommiss geht, so erging es mir auch mit meinem Sohne. Derselbe schlug über die Strenge, folgebessenen nahm ich denselben in die Wackelstube und glaubte stark genug zu sein, aus dem Jahrawasser heraus zu bekommen, welches mir aber nicht gelang. Da ich nun die Bäckerei verpachtet habe und meinen Sohn nicht mehr beschäftigen kann, so möchte ich Sie bittend anfragen, ob Sie nicht denselben dort am Plage in einem Ihrer Bäckereibetriebe unterbringen könnten. Gesund, stark und kräftig ist derselbe, ehrlich und brav, — nur zu leichtsinnig, ich glaube, in einer frommen Bäckerei wo er gründlich arbeiten muß und müde wird, wirkt in sein Leichtsinns am ersten legen, und er dadurch die Bäckerei schaden meiden; event. könnten Sie ja auch denselben auf einem Kontor als Buchhalter beschäftigen, aber am liebsten wäre es mir, ihn erst gründlich arbeiten lassen in der Bäckerei. Ihrer gefälligen Beantwortung entgegengehend, begrüße ich Sie mit aller Hochachtung Ihr ganz ergebenster Kollege D. S.“

Nach eines denunzirten Innungsproben. Mit welcher Wuth und Unverfrorenheit in kleineren Städten Innungsmeister gegen unsere Mitglieder auftreten und gegen dieselben heken, zumal wenn sie (die Meister) wegen der kolossalen Ausbeutung ihrer Gefellen und Lehrlinge schon angezeigt und bestraft wurden, das schildert unter Mitglied B. aus Minden i. W. in folgendem Schreiben: „Als ich am Sonntag Abend mit einem Freunde eine Wirthschaft betrat, klangen mir folgende Worte ins Ohr: „siehe, das ist der Lump, der meinen Bruder denunziert hat.“ Jedoch legte ich kein Gewicht darauf, da ich den Menschen gar nicht kannte. Als ich nun mein Glas Bier trinke, kommt der Mensch an mich heran und tritt mir auf die Füße, ich sagte aber nichts, sondern ging dem Menschen aus dem Wege, indem ich mir dies einfach verbat. Wadann wurde ich von demselben als Lump und Schuft hingestellt. Da ich in dem Lokal bekannt bin und mich insollgedessen in keine Schlägerei einlassen wollte, sah ich mich veranlaßt, den Wirth zu verständigen, um den fortgesetzten Belästigungen dieses Menschen zu entgehen. Der Wirth ermahnte den „noblen Herrn“, sich ruhig zu verhalten, widrigenfalls er an die frische Luft gesetzt würde. Als ich mich später erkundigte, wer der Mensch sei, erfuhr ich, daß sein Bruder Bäckermeister ist und mit zwei Lehrlingen und einem Gefellen arbeitet, und letztere mitunter bis 18 Stunden arbeiten müssen, was ich natürlich an die Öffentlichkeit gebracht habe.“

Ueberfüllte Handwerksberufe. Unter dieser Ueberschrift schreibt die „Eriatische Landeszeitung“: „An der bedrängten Lage mancher Handwerkszweige ist zu einem guten Theile auch die Ueberfüllung derselben infolge einer übermäßigen Zuführung von Lehrlingen schuld. Außer in der Schlosserei findet sich nach der letzten Berufszählung eine solche namentlich im Bäcker- und Konditorgewerbe. Es sind diese Gewerbe, die nicht stärker wachsen dürfen, als die Bevölkerung. Demgemäß wird eine Lehrlingshaltung von zehn bis zwölf Prozent, so daß ein Lehrling auf etwa zehn Gehilfen entfällt, vollaus genügen; die thatsächlich ermittelte Lehrlingshaltung von über 19 Prozent ist darum in diesen Berufen durchaus unpassend. In der That beweist auch der starke Uebertritt gelernter Bäcker zu anderen ungelerten Berufen, die auffallende Auswanderung von Bäckern, namentlich nach Frankreich und Amerika, sowie die hohe Arbeitslosigkeit, daß hier eine übermäßige Ausbildung von Arbeitskräften besteht. Nicht so übermäßig, aber auch den Bedarf weit überschreitend, ist die Lehrlingshaltung im Fleischergewerbe. Das beweist auch die sehr hohe Arbeitslosigkeit, die nach der Arbeitslosenstatistik von 1895 4,01 Prozent betrug. Noch dringlicher ist eine den Bedarf berücksichtigende Regelung des Lehrlingswesens im Barbier- und Friseurgewerbe. Hier kann man mit Recht die Klagen der Meister über die Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage zum größten Theile auf die von ihnen selbst betriebene Lehrlingszucht zurückführen. Wodurch sei noch das Buchdruckerergewerbe erwähnt. In demselben hat nun die gewerkschaftliche Organisation der Gehilfen durch die Tarifgemeinschaft schon Wandel zu schaffen gesucht, indem sie Normen für die Lehrlingshaltung aufstellte und zum Theil mit Erfolg schon durchführte. Eine Regelung der Lehrlingshaltung in der Richtung einer Festsetzung der Verhältniszahl von Gehilfen und Lehrlingen herbeizuführen, liegt auch im ureigensten Interesse der Handwerker. Man wünscht stets die Einführung des Lehrlingsnachweises, welcher das Handwerk vor Ueberfüllung und überzähligen Handwerkern bewahren soll. Die Einführung desselben würde allerdings einer Reihe solcher Leute die Gründung eines Handwerksbetriebes unmöglich machen; wäre es da aber nicht viel richtiger und einfacher, eine große Zahl überzähliger Gehilfen aus dem Kreise des Handwerks ins Proletariat zu stoßen, durch eine rechtzeitige und verständige Beschränkung der Lehrlingsausbildung von vornherein eine Ueberfüllung des Berufes mit all ihren nachtheiligen Folgen zu verhüten? Darum ist es vor allem auch Aufgabe der Innungen und Handwerkskammern, gemäß den §§ 81 a und 130 der G.-D.

Bestimmungen über die zulässige Zahl von Lehrlingen in einem Berufe zu treffen. Sie sollten genau das Bedürfnis nach auszubildenden Lehrlingen in den verschiedenen Gewerbezweigen erforschen und falls sich zu einem Gewerbe ein übermäßiger Andrang seitens der schulentlassenen Jugend zeigt, rechtzeitig vorbeugen. Dies könnte am besten geschehen, indem man z. B. vor Oftern in Köln in der Lokalpresse die Eltern der zu entlassenden Schüler auf die Aussichten in den einzelnen Berufen hinweist, vor den überfüllten waunte, und andererseits denjenigen, welchen es an Lehrlingen mangelte, den Strom der schulentlassenen Jugend durch den Hinweis auf die Aussichten in derselben zuzuführen suchte. Auch die Lehrer würden nach dieser Richtung hin sehrksam wirken können. Dies wäre vor allem eine wichtige Aufgabe der Handwerkskammern, insbesondere der Gewerkschaften, welche dann zwar eine gründliche, wissenschaftliche und volkswirtschaftliche Bildung besitzen müssen.

Das Berliner Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, bietet auch solchen Parteigenossen und Gewerkschaftsmitgliedern, die nicht als Handwerksburden reisen, Gelegenheit zum Uebernachten. Es sind eine Anzahl Zimmer zu je zwei Betten vorhanden, die mit ihrer Einrichtung den billigen Hotelzimmern nicht nachstehen und dabei nur 75 Pfg. pro Bett kosten. Wir möchten unsere Leser, die in Familienangelegenheiten, oder zu ihrem Vergnügen, oder als Delegierte, oder als Agitatoren nach Berlin reisen, ganz besonders hierauf aufmerksam machen.

Versammlungs-Berichte.

Altona. Extra-Mitglieder-Versammlung vom 20. Juni. Altmann referierte über den Stand unserer Lohnbewegung und über die geplante Aussperrung aller Verbandsmitglieder. Bezüglich der Lohnbewegung sprach er kritisch über Norddeutschland aus, weil Süddeutschland durch die letzten Streiks uns in der Mitgliederzahl bereits überholt hat. Betreffs der Aussperrung lag er hauptsächlich auf die Taktik des Herrn Windmann ab und auf die Stellung, welche wir hier einzunehmen hätten, zu sprechen. Kristahl sprach noch in demselben Sinne über das Streben der Meisterzünfte und der Innung, Uneinigkeit unter die Gesellen zu schaffen, sprachen die Kollegen Kristahl, Gnußmann, Memmen, Meppen und Köbiger. Letztere beiden kritisierten noch das Verhalten der älteren Kollegen in den Bäckereien, deren Vorgesetzter nicht bewilligt haben, welche den jüngeren Kollegen mit schlechtem Beispiele vorangingen. Altmann machte noch Vorschläge, wie man mit dem Herbergsbater Vord verfahren müßte, falls er keine andere Stellung uns gegenüber einnehme. Kollege Köbiger sprach noch über die Beschwerden betreffs der Zeitungskolportage und nahm den Kollegen Höger diesbezüglich in Schutz. Wegen des in der letzten Parteilung nicht erschienenen Delegierten erhielt der Vorstand den Auftrag, sich mit den Grobbäckern in Verbindung zu setzen.

Sten a. Ruhr. Am 17. Juni tagte in der „Rothenburg“ eine öffentliche Versammlung, wozu 40 Kollegen und als Referent Kollege Hegemann-Schuren erschienen waren. Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen des Verbandes; 2. Diskussion. Sämtliche Kollegen erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichteten sich, für die Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen. Nachdem Kollege Hegemann den Kollegen den Zweck des Verbandes erklärt hatte, welches sehr guten Anklang fand, ließen sich noch drei Kollegen ausnehmen. Mit einem Hoch auf die Organisationskommission wurde die Versammlung geschlossen. — Nächste Mitglieder-Versammlung Sonntag, den 8. Juli, im Verbandslokal (Degehhardt, Bergstraße), Nachmittags 5 Uhr.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung der Weibbäcker am 14. Juni in der „Leisinghale“. Ueber die Lohnbewegung auswärts in unserem Beruf, referierte Altmann. Nachdem seit Jahren Norddeutschland die jugendliche Rolle bei allen Lohnbewegungen übernommen, habe sich jetzt das Blatt gewendet. Der Schwerpunkt auf dem Gebiet der Lohnbewegungen liege jetzt in Süddeutschland, wo man in diesem Jahre in einer ganzen Reihe von Städten Erfolge errungen, über die man sich im Norden verwundere. In allen Fällen, ausgenommen Leipzig, habe man nicht an die Hilfe der Bevölkerung zu appellieren brauchen, sondern die Erfolge durch Einmüthigkeit und eigene Kraft errungen. Es beweise, daß es verfehlt sei, sich nur auf die Waage des Boykotts zu verlassen. Dieser müße das letzte und heiligste Mittel in den auszunehmenden Lohnkämpfen sein. Redner bewies dann durch Vergleich zwischen Leipzig und Frankfurt das von ihm Angeführte. Während man sich in Leipzig vollständig auf den Boykott verließ, die Arbeitseinstellung aber sehr zu wünschen übrig ließ, hatte man es in Frankfurt unterlassen. Es an das Publikum zu wenden. Die Folge davon aber war: In Frankfurt ein vollständiger Sieg nach einem Streit von wenigen Tagen, und in Leipzig trotz mehrwöchentlicher Dauer des Streiks nur theilweiser Erfolg. Redner kam dann auf die Lohnbewegung in Berlin zu sprechen. Dort hätte man als Einigungsamt das Gewerbegericht angerufen, und als Erfolg für unsere Sache sei es zu bezeichnen, daß die dortigen Meister, unter welchen die Führer des Bäckers-Innungszweiges seien, auf die Einigungsversuche eingegangen seien. Altmann: Einigungsarbeit von Erfolg gekrönt sein! Redner schloß seinen interessanten Vortrag mit Rückschlüssen auf die Hamburger Verhältnisse. Dann wurde auf Antrag Beschloß beschlossen, den nicht bewilligt habenden Bäckereiarbeitenden Kollegen den rückständigen Streikbeitrag v. a. die Hälfte zu ermäßigen. Referent erstattete den Bericht über die Verhandlungen, und einzelne innere Angelegenheiten erledigte, schloß der Vorsitzende die nur mäßig besuchte Versammlung.

Hamburg. Eine vom Gesellenausschuß einberufene Versammlung tagte am 13. Juni auf der Innungsherberge. Es waren zirka 80 Kollegen erschienen, die Hälfte waren Mitglieder der Bruderschaft. Bevor die Versammlung eröffnet wurde, verlangte deren Angeführter Herrmann, daß ein Kollege, welcher Mitglied des Herbergsausschusses ist, sich entferne, widrigenfalls er sich veranlaßt fühle, mit seinen „Getreuen“ das Lokal zu verlassen. Um Streitigkeiten aus dem Wege zu räumen wurde dem entprochen. Altgehilfe Rose eröffnete die Versammlung, dankte den zahlreich Erschienenen ermahnte die Kollegen, sich zu vereinigen, wies in längerer Ausführungen auf den Nutzen, welchen die Innung durch die Uneinigkeit habe, hin, es wäre auch endlich an der Zeit, mit dem alten Haß und den Streitigkeiten zu räumen. Sodann gab derselbe den Bericht von den Innungsversammlungen. Ueber die Ablehnung einzelner

Forderungen entspinnt sich eine lebhafteste Debatte. Als erster Redner tritt das „Oberhaupt“ der Bruderschaft auf und führt aus, daß ein Minimallohn von 9 Mk. pro Woche viel zu hoch sei; es gäbe noch viele Gesellen, die nicht mehr als 4.50 Mk. verdienen. Wenn man in Kost sei, könne man kein Frühstücksgehd fordern. Die Sonntagswahl könne nicht durchgeführt werden. Ein Anderer meinte, zugereifte Gehilfen dürften ebenfalls keine 9 Mk. verdienen. Als Viesherdieses widerlegt und auf die Gründungen und Bestrebungen der Bruderschaft zu sprechen kam, entrißte sich der „fürsorgliche Herbergsbater“ und erklärte: „Das ist ja Politik und die Leide ich in meinem Lokale nicht; das gehört in öffentliche Versammlungen und die dulde ich nicht, ich werde Ihnen sonst die Versammlung entziehen.“ Mehrere Mitglieder der Bruderschaft riefen: „Wir sind beleidigt.“ Endlich beruhigten die Diskussion beteiligten sich noch eine Anzahl Kollegen. Rose sprach dann noch über die neuen Bestimmungen der Innungs-Krankenkasse und forderte die Kollegen auf, dagegen Stellung zu nehmen. Ein Mitglied der Bruderschaft erklärte, daß auch sie mit denselben nicht einverstanden seien; Rose solle ihnen nur ein Statut geben, in ihrer Versammlung wollten sie ihn aber nicht haben, sie könnten selber lesen. Nach einem kräftigen Schlußwort schloß Rose die interessante Versammlung.

Leipzig. Am 11. Juni tagte im „Schwarzen Rößchen“ unsere Mitglieder-Versammlung mit reichhaltiger Tagesordnung. Zum ersten Punkt, bezüglich des Arbeitsnachweises, sprach Kollege Wehde in längerer Ausführungen; rege Diskussion schloß sich dessen Ausführungen an. Es wurde beschlossen, ein Formular zu lassen, auf welchem die Pflichten des Sprechmeisters stehen, und es im Lokal des Arbeitsnachweises aufzuhängen, damit sich zugereifte Kollegen über den Arbeitsnachweis orientieren können. Auch wurde eine Kommission gewählt, die die Kontrolle über den Sprechmeister zu führen hat; in dieselbe wurden die Kollegen Herrmann, Dedeht und Mehte gewählt. Die Sprechstunden wurden von 10—12 Vorm. und 2—5 Nachmittags festgestellt. Bei Abwesenheit des Sprechmeisters soll Geronne Bergmann als Vertreter fungieren. Nach längerer Debatte über die Extrabeiträge für Juni wurde man dahin einig, pro Mitglied 30 Pfg. für Juni und 30 Pfg. für Juli zu bezahlen. Daraus erstattete Kollege Herrmann Bericht vom Kartell. Unter „Verschiedenes“ kommen einige persönliche Angelegenheiten zur Sprache, die alsbald Klärung fanden. Hierauf wurden noch einige Schreiben vom Hauptvorstand verlesen und erläutert. Auch wurde die Einladung von den Buchdruckern bekannt gegeben; die Kollegen versprachen, sich an der Feier zu beteiligen. Um 6 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die deutsche Bäckereibewegung.

Magdeburg. Mitglieder-Versammlung vom 21. Juni. Nachdem die Kollegen ihre Beiträge entrichtet hatten, referierte Kollege Heeren über den zweiten Punkt: „Von welcher Bedeutung sind die Errungenschaften der letzten Streiks und wie regeln wir die weitere Unterstützung.“ Redner führte den Kollegen in längerer Rede die in diesem Jahre stattgefundenen Lohnbewegungen der verschiedenen Städte vor Augen und erklärte, daß wir uns noch mehrere solcher zu gewärtigen hätten. Er erläuterte, wie notwendig es ist, die sich im Kampfe befindlichen Kollegen zu unterstützen und hält es für gut, daß vom Hauptvorstand für Monat Juni eine Extrasteuer festgesetzt würde. Auch bedauerte er, daß sich gelegentlich des Streiks in Leipzig, auch in Magdeburg Leute gefunden hätten, die sich als Arbeitswillige haben dorthin verschicken lassen. Zum Referenten wurde Kollege Lochmann gewählt. Unter „Verschiedenes“ beantragte Kollege Engel, daß der Kollege Holle, sowie alle Verbandskollegen, die sich nach Leipzig haben schicken lassen, um dort Streikbrecherdienste zu leisten, aus dem Verband ausgeschlossen werden. Holle suchte sich zu rechtfertigen, wurde aber von dem Kollegen Heeren in seinen Angaben derartig widerlegt, daß er sich fortwährend widersprach. Der gestellte Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Planen i. Vogtl. Mitglieder-Versammlung vom 17. Juni im Restaurant „Eckertal“. Tagesordnung 1. Gründung einer Mitgliedschaft; 2. Wahl des Vorstandes; 3. Einladung des Bäckergehilfenvereins „Früh-Auf“; 4. Verschiedenes. Gewählt wurden: als erster Vorsitzender Robert Fleischer, als zweiter Richard Geisler, als erster Kassierer Karl Kröniger, als zweiter Hans Kröniger, als erster Schriftführer Paul Kleinide, als zweiter Albin Seidel, als Referenten Buschendorf und Albert Koch, als Kartelldelegierte Kleinide und Förlich. Es wurde dann weiter beschlossen, der Einladung des Bäckergehilfenvereins „Früh-Auf“ zu feinem in vierzehn Tagen stattfindenden Ausflug Folge zu leisten. Unter „Verschiedenes“ wurde über die Streiks in Leipzig, Frankfurt a. M. und über die in Aussicht stehende Aussperrung der Verbandsmitglieder in Hamburg gesprochen. Am Schluß der Versammlung ließ sich ein Kollege in den Verband aufnehmen.

Rixdorf. Am 21. Juni fand hier eine schwach besuchte öffentliche Versammlung statt, in welcher Kollege Richter über das Thema referierte: „Was geschieht angesichts der Berliner Lohnbewegung und erfolgten Einigung in Rixdorf.“ Im vorigen Jahre äußerte sich nämlich der Vorstand des Gesellenausschusses uns gegenüber brieflich, sich nach den Beschlüssen der Berliner Innung zu richten. Da nun aber hinsichtlich in dieser Beziehung nichts geschehen ist, so berief Kollege Richter mit der Motivierung, möge der Gesellenausschuß einmal bei dem Innungsvorstande anknöpfen, diese große öffentliche Versammlung ein. Der Referent sprach sein Bedauern darüber aus, daß wir Rixdorfer Kollegen so thöricht waren, und uns mit den Berliner Kollegen in Verbindung setzten, da wir voraus zu sehen, was das Resultat für uns nutzlos sei. Der Gesellenausschuß, der vor drei Monaten von der Meisterschaft gewählt wurde, hat bis heute noch keine Einladung erhalten. Nicht einmal einen Vertreter ihres Ausschusses haben die so vieles verprechenden Innungsvorstände anknöpfen, diese große öffentliche Versammlung ein. Der Referent sprach sein Bedauern darüber aus, daß wir Rixdorfer Kollegen so thöricht waren, und uns mit den Berliner Kollegen in Verbindung setzten, da wir voraus zu sehen, was das Resultat für uns nutzlos sei.

Der Gesellenausschuß, der vor drei Monaten von der Meisterschaft gewählt wurde, hat bis heute noch keine Einladung erhalten. Nicht einmal einen Vertreter ihres Ausschusses haben die so vieles verprechenden Innungsvorstände anknöpfen, diese große öffentliche Versammlung ein. Der Referent sprach sein Bedauern darüber aus, daß wir Rixdorfer Kollegen so thöricht waren, und uns mit den Berliner Kollegen in Verbindung setzten, da wir voraus zu sehen, was das Resultat für uns nutzlos sei. Der Gesellenausschuß, der vor drei Monaten von der Meisterschaft gewählt wurde, hat bis heute noch keine Einladung erhalten. Nicht einmal einen Vertreter ihres Ausschusses haben die so vieles verprechenden Innungsvorstände anknöpfen, diese große öffentliche Versammlung ein. Der Referent sprach sein Bedauern darüber aus, daß wir Rixdorfer Kollegen so thöricht waren, und uns mit den Berliner Kollegen in Verbindung setzten, da wir voraus zu sehen, was das Resultat für uns nutzlos sei.

Netz treu zu unserer Sache zu halten. Dann wurde auf die nächsten Dienstag stattfindende Mitglieder-Versammlung hingewiesen, und die Versammlung mit einem Hoch auf die Bäckereibewegung geschlossen.

Starnberg. In einer am 8. Juni von sämtlichen Kollegen Starnbergs besuchten Versammlung referierte Kollege Gahner-München über: „Die Lage der Bäckereiarbeiter Südbayerns.“ Redner führte den Anwesenden vor Augen, in welcher traurigen Verhältnissen die Bäcker leben, gekette schief das probrige Verhalten der Meister gegenüber der Gehilfenschaft bei Lohnkämpfen, und forderte die Anwesenden auf, der Organisation, dem Deutschen Bäckerverbande, beizutreten. In der Diskussion sprachen ebenfalls einige Kollegen für Anschluß an den Verband. Dieser Aufforderung leisteten alle Kollegen Folge, jedoch 13 Aufnahmen gemacht wurden. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten und Wahl des Vertrauensmannes wurde die Versammlung mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf die deutsche Bäckereibewegung geschlossen.

Abrechnung vom Streik in Frankfurt a. M. vom 26. bis 31. Mai 1900.

Einnahme.	
Aus der Hauptkasse des Verbandes	400.—
Aus dem örtlichen Fonds der Mitgliedschaft	550.—
Streikbeiträge der zu neuen Bedingungen arbeitenden Kollegen	541.50
Freiwilliger Beitrag	1.—
Summa	1492.50
Ausgabe.	
Streikunterstützung an Verheirathete	55.—
Lebige	345.—
Für Fernhaltung des Zuges	45.40
Vorschuß an vor dem Streik verheiratete (Entschädigung für Streikposten)	297.42
Agitation	69.10
Bureau-Kosten	78.60
Summa	890.52

Bilanz:	
Einnahme	1492.50
Ausgabe	890.52
Ueberschuß	601.98

Frankfurt a. M., den 6. Juni 1900.
Gg. Goldstein, C. Juch.
Revidirt und für richtig befunden:
Hans Körpel, Paul Dbrich.

Anzeigen.

Zentral-Franken- u. Sterbekasse der Bäcker u. verw. Berufsg.
Oertliche Verwaltungsstelle Oldenburg.
Sonntag den 1. Juli, Nachm. 3 Uhr
Mitglieder-Versammlung
bei Elmar Werkamp, Kurwischstraße.
Tages-Ordnung: 1. Neuwahl der Verwaltung nach § 15 Abs. 4; 2. Kassenangelegenheiten.
Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet
M. 3.60] Die örtliche Verwaltung.

Der Kollege **Friedr. Ramm**, geb. am 2. Mai 1879 im Bezirk Lübeck, wird gebeten, seine Adresse umgehend, spätestens bis zum 8. Juli, einsenden zu wollen an
Ernst Clasen, Wismar i. M., Wilhelmstr. 4 p.

Hammonia-Bierhaus
Hamburg-Hohenfelde, Ifflandstraße 13
bringt seine freundlichen
Wirtschafts-Lokalitäten
allen Freunden und Verbandsmitgliedern in gefällige Erinnerung.
Stets gute, preiswerthe Speisen und Getränke!
M. 4.20] Achtungsvoll Carl Pais.

Café Wittelsbach.
München. Herzog Wilhelmstraße. München.
Jeden Sonntag, Mittwoch und Freitag:
Haupt sammelpunkt der Bäcker Münchens.

Versammlungs-Auzerger.
Unter dieser Rubrik geben wir alle Versammlungen bekannt, von welchen uns vor Redaktionsschluß Mittheilung gemacht wird und welche in der folgenden Woche der betr. Nummer des Fachblattes stattfinden sollen.
Altona. Mitgl.-Berj. Mittwoch den 4. Juli, Nachm. 4 1/2 Uhr, b. Eckhoff, Gr. Freiheit 58—60.
Braunschweig. Sonntag den 1. Juli, Nachm. 3 Uhr, Mitgl.-Berj. im „Gewerkschaftshaus“, Werder 32.
Bremen. Mitgl.-Berj. am Sonntag den 1. Juli, Nachm. 6 1/2 Uhr, in der Herberge, bei Herrn Ruyche.
Chemnitz. Mitglieder-Versammlung am Donnerstag den 11. Juli, Nachm. 4 Uhr, in der „Hoffnung“.
Essen a. d. R. Mitglieder-Berj. am Sonntag den 8. Juli, Nachm. 5 Uhr, bei Herrn Degehhardt, Bergstr. 19.
Hamburg (Grobbäcker). Mitgl.-Berj. Donnerstag den 5. Juli, Abds. 7 1/2 Uhr, bei Kammerer, Zeughausmarkt 31.
Hamburg. Mitgl.-Berj. am Mittwoch den 4. Juli, Abds. 6 1/2 Uhr, bei Lüssenholz, i. Bergstr. 7.
Pirmasens. Mitgl.-Berj. Dienstag den 3. Juli im befaßten Lokal.
Planen i. Vogtl. Öffentl. Versammlung am Mittwoch den 4. Juli im Eckertal.
Planen i. Vogtl. Mitgl.-Berj. am Sonntag den 8. Juli, Nachm. 2 1/2 Uhr, im Eckertal, Fasnichtstraße.
St. Pörsen-Saarbrücken. Außerordentl. Mitgl.-Berj. Sonntag den 1. Juli im „Kaiserjaal“, Dafenstr. 9.
Redaktion und Verlag: D. Altmann, Hamburg, Gr. Neumarkt 28.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Gilbel, Friedensstr. 4.